

Fabian Karsch¹

ETHIK DER ENERGIEWENDE

Zwischen Partikularinteressen und Gemeinwohl

Die Debatten über die gegenwärtige und zukünftige Energiegewinnung berühren nicht nur technologische Fragen, sondern ebenso Werte: Wertüberzeugungen drücken aus, was Menschen wichtig ist. Es wird daher zukünftig verstärkt zu den Aufgaben einer Energiepolitik gehören, Energiewende wertorientiert zu kommunizieren, das heißt, bei der Vermittlung der Energiewende das vielfältige Interessensspektrum der Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen. Im Forschungs- und Beratungsprojekt „Die Energiewende im ländlichen Raum wertorientiert kommunizieren“, das in Kooperation vom Institut Technik-Theologie-Naturwissenschaften (TTN) an der Ludwig-Maximilians-Universität und dem Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe (TFZ) in Straubing durchgeführt wurde, ging es darum, Wertedimensionen der Energiewende zu untersuchen und inhaltliche Konzepte für eine wertorientierte Kommunikation zu erarbeiten. Dabei wurde die Konfrontation von Partikularinteressen und Gemeinwohl als zentrales Element aktueller Energiewende-Diskurse identifiziert.

Ein Beitrag der Ethik zur Energiewende?

Es ist eine scheinbar banale, aber für Verständnis- und Bewertungsprozesse elementare Erkenntnis, dass soziale Phänomene nicht im luftleeren Raum stattfinden. Ebenso wenig wie „kein Menschen eine Insel ist“, so ist das *Zwischenmenschliche* immer nur in komplexen situativen Zusammenhängen zu verstehen. Solche Figurationen stellen sich folgendermaßen dar: Technologische Aspekte nehmen Einfluss auf Werte, Werte nehmen Ein-

¹ Zitationsvorschlag: Karsch, Fabian (2014): Ethik der Energiewende – Zwischen Partikularinteressen und Gemeinwohl, in: TTN edition. 3/2014, online unter: www.ttn-institut.de/TTNedition, 5-12. [Datum des Online-Zugriffs]

fluss auf Technologien, Politik nimmt Einfluss auf Kultur, und Kultur auf Politik. So ist auch der Prozess der Energiewende mehr, als „nur“ die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien; Energiewende ist ein komplexes soziales Phänomen und ein gesellschaftliches Großprojekt von weitreichender *sozialtransformatorischer* Kraft. Was bedeutet das? Energiewende, verstanden als ein politischer Prozess, hat eine relativ klar beschreibbare Gestalt, da der politische Prozess ein klar definiertes Ziel hat: Energiewende heißt dann zunächst Substitution der Energiegewinnung aus Kernkraft und Kohle gegen Energiegewinnung aus erneuerbaren Energieträgern. Der politische Prozess dahin muss unter anderem technische und ökonomische Faktoren zur Erreichung dieser Ziele vereinen und steuern. Als sozialer Prozess hingegen ist die Energiewende polymorph, und weit mehr als nur der Weg zur Erreichung des Ziels der Transformation der Energieversorgung. Vielmehr drückt sich aus soziologischer Perspektive der politische Wille zur Gestaltung auch in Widerständen und Konflikten aus. Dies sind nicht nur Konflikte zwischen den Bürgern und den staatlichen Steuerungsinstanzen, sondern auch Konflikte zwischen den Bürgerinnen und Bürgern selbst. Teilhabe an der Energiewende heißt eben nicht nur, sich für Ausbau erneuerbarer Energien einzusetzen, sondern eventuell auch dagegen. Dabei können diese Konflikte mal als Bremse, mal als Triebkraft erscheinen. Mal wirken sie als steuerndes Korrektiv, mal verkomplizieren sie die Lage. Aber immer sind sie unverzichtbarer Bestandteil gesellschaftlichen Wandels und Fortschritts. Es kommt auf den Umgang mit Konflikten an. Doch die sozialtransformatorische Kraft der Energiewende führt dazu, dass sich bislang eindeutige Fronten verschieben. In Bayern kämpft eine Wirtschaftsministerin der Union für die Energiewende, in manchen Regionen gehen Naturschützer und Grüne gegen den Ausbau der Energieinfrastruktur auf die Straße. Und in ländlichen Räumen drängt sich für viele die antinomische Frage auf, was eigentlich mehr sei, Heimat- oder Klimaschutz.

Öffentliche Diskurse zur Energiewende zeigen, dass Befürwortern und Kritikern vor allem eins gemeinsam ist: Dass sie ihre eigenen Positionen auf übergeordnete Werte beziehen. Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit, Landschafts- und Klimaverträglichkeit aber auch ökonomische Wertschöpfung und Teilhabe an Entscheidungsprozessen sind solche Werte, die von allen Seiten mit unterschiedlicher Gewichtung zur Handlungslegitimation ins Feld geführt werden. Schwierig wird es, wenn bestimmte Wertespekte mit anderen in Konflikt stehen und Güterabwägungen vorgenommen werden müssen. Was kann eine ethische Bewertung hier leisten? Zunächst ist festzuhalten, dass der gesellschaftliche Prozess der Energiewende von Anfang an durch ethische Überlegungen angetrieben wurde. So hat die von Bundesregierung eingesetzte Ethik-Kommission „Sichere Energieversorgung“ (2011) Mit ihrem Gutachten entscheidend zur Distanzierung von der Atomenergie beigetragen. Darin ist folgender Passus enthalten:

„Jegliche Entscheidung über die Nutzung der Kernenergie, über deren Beendigung und über ihren Ersatz durch alternative Formen der Energieerzeugung gründet auf Wertentscheidungen der Gesellschaft, die technischen und ökonomischen Aspekten vorangehen.“²

Entsprechend wird an die Ethik häufig die Erwartung gestellt, darüber urteilen zu können, was „richtig“ und was „falsch“, oder sogar was „gute“ und was „schlechte“ Energie ist. Doch mit so einer Vorgehensweise würde sich die ethische Reflexion auf einen weiteren Diskursbeitrag in einer von Meinungen und Bewertungen übervollen Diskursgemeinschaft reduzieren. Anstatt zu moralisieren, kann Ethik ihre Rolle als Warnerin viel

² www.bmbf.de/pubRD/2011_05_30_abschlussbericht_ethikkommission_property_publicationFile.pdf

mehr darauf fokussieren, vor voreiligen Schlüssen und ausgrenzenden Moralisationen zu warnen. Eine vernunftorientierte ethische Debatte nimmt ihren Ausgang in Fakten, lässt sich von Werten den Weg weisen und kommt zum Ziel durch die Anerkennung von Ambivalenz. Ambivalenz ist ein schillernder Begriff, der auf eine inhärente Uneindeutigkeit verweist, auf zwei Elemente, die sich widersprechen und doch beide Gültigkeit haben.

Dass das Ambivalente im Rahmen der Ethik Anerkennung findet, soll nicht einer Beliebigkeit Tür und Tor öffnen, sondern auf ein Konfliktverständnis hinführen, dass Konflikte nicht als gesellschaftliches Übel, sondern als Triebkräfte versteht, die, ähnlich den physikalischen Kräften in der Natur, aus gesellschaftlichen Zusammenhängen nicht einfach wegzuwünschen sind, nur weil sie situativ unbequem sein können. Bei der Betrachtung der Energiewende, richtet sich der ethische Blick auf solche Zusammenhänge, die für das Leben und Zusammenleben von Menschen unmittelbar relevant sind bzw. auf die Formen und Möglichkeiten, in denen diese für menschliche Lebenswelten in Zukunft Relevanz erhalten. Der ethische Blick betrachtet Technik, Natur, politische oder soziale Verhältnisse, in deren Bedeutungen und Auswirkungen für den Menschen oder ihrer Hervorbringung und Mitgestaltung durch den Menschen. Der Fokus der Betrachtung richtet sich stets auf Fragen der Bedingungen und Ausgestaltungsformen der Lebensführung. Nicht zuletzt deshalb wird der Ruf nach Ethik immer lauter, denn mit zunehmend komplexen Situationen, wird die zentrale Frage „Was soll ich tun?“ immer drängender. Ethik sollte die Frage „Was soll ich tun?“ aber nicht für Menschen beantworten. Sie sollte darauf hin arbeiten, Menschen zur Beantwortung dieser Frage zu befähigen.

Gesellschaftliche Erwartungen an die Energiewende

Die Debatten um die vielfältigen Energiewende-Prozesse haben auch deshalb so eine große Bedeutung und Reichweite, weil sie alle Bürgerinnen und Bürger im Kern ihrer Lebensführung treffen. Lebensqualität ist (nicht nur) heutzutage eng mit Energiekonsum verbunden. Doch steigende Energiekosten machen die Energiewende ebenso spürbar wie Aufrufe zum gezielten Verzicht. Schließlich tragen Drohszenarien in Medien, die vor steigender Energiearmut oder sogar dem großen Blackout warnen, zur allgemeinen Verunsicherung bei. Und so richtet sich die Forderung des nachhaltigen Umgangs mit Energieressourcen auch an die Endabnehmer.

Als *nachhaltig* werden Prozesse des Wirtschaftens, also des Umgangs mit Ressourcen, bezeichnet, die den Blick von der gegenwärtigen Situation auf die längerfristigen Entwicklungen und Folgewirkungen werfen. Das Deutungsmuster Nachhaltigkeit stellt die Frage, ob die Energiewende zukunftstauglich ist, will dies aber gleichzeitig unter Berücksichtigung des maximalen Wohlergehens der gegenwärtigen Gesellschaft erreichen. Weil nachhaltiges Wirtschaften sowohl die Ökonomie als auch die Umwelt und die soziale Gemeinschaft berücksichtigen will, ist Nachhaltigkeit zu einem ethischen Schlüsselprinzip geworden, das für grundlegende Werte steht, die heute viele Menschen teilen: Umwelt- und Klimaschutz, Generationengerechtigkeit, aber auch Wohlstand und Persönlichkeitsentfaltung und nicht zuletzt Gerechtigkeit. Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist damit zu einem Super-Prinzip erhoben worden. Es ist ein normatives Leitbild, das Fragen gesellschaftlicher Entwicklung stets auf ihre peripheren Konsequenzen prüft. Diese Prüfung erfolgt immer anhand von zwei Dimensionen: der Gegenwart und einer antizipierten Zukunft. Laut der Brundtland-Kommission (Hauff 1987) sei nachhaltige Entwicklung dann realisiert, wenn sie „die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu

riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Hauff 1987: 46). Dabei geht es in Nachhaltigkeitsdiskursen erstens um Konsequenzen im ökologischen Bereich, also um die Sicherung der Lebensgrundlagen. Zweitens geht es um die Berücksichtigung sozialer Faktoren, also etwa Fragen der Verteilungsgerechtigkeit, und schließlich geht es drittens darum, ökonomisch effizient und profitabel zu haushalten. Diese drei Ansprüche verdichten sich im so genannten Drei-Säulen Modell der Nachhaltigkeit, das Umwelt, Soziales und Ökonomie gleichberechtigt berücksichtigt sehen will. Dazu die Ethik-Kommission (2011: 11):

„Schlüsselbegriffe für die ethische Bewertung zukünftiger Energieversorgung und der Kernenergie sind Nachhaltigkeit und Verantwortung. Mit dem Leitbild der Nachhaltigkeit tritt das Ziel der ökologischen Verträglichkeit neben die soziale Ausgewogenheit und die ökonomische Effizienz, um gemeinsam eine zukunftsgerechte Gesellschaftsgestaltung zu erreichen.“

Auch in aktuellen Energiewende-Debatten spitzen sich die Forderungen an die Gestaltung der Energiewende auf diese Bereiche zu:

1. Forderung: Die Energiewende soll wirtschaftlich sein

Der Wert der Wirtschaftlichkeit sendet Erwartungen in zwei Richtungen: an die Gestalter richtet sich die Forderung, dass die Energiewende bezahlbar bleiben muss. An die Verbraucher richtet sich der Appell ressourcenschonend zu „wirtschaften“ und nach Möglichkeit den Energieverbrauch den zentralen *Werten* der Energiewende anzupassen: Klimaschutz und Verbrauchsreduktion. Der Appell der Wirtschaftlichkeit fordert Verbraucher auch dazu heraus, zu erkunden, ob die individuelle rationale Ökonomie der Haushaltsführung eventuell den individuellen Werteüberzeugungen widerspricht. Wie viel ist mir etwa eine umweltfreundliche Mobilität z.B. mit Hybrid- oder Elektrofahrzeugen wert, auch wenn diese die Reichweite meiner Bewegungsfreiheit einschränkt bzw. zu höheren Kosten bei der Anschaffung führt? Wo setzt der Einzelne Prioritäten? Und worauf beruhen diese Prioritätensetzungen? Neben Fragen der Effizienz energiesparender Maßnahmen stellen sich hier also auch Herausforderungen für den persönlichen Lebensstil. Wirtschaftlichkeit der Energiewende heißt aber natürlich auch, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland für industrielle Energieverbraucher attraktiv bleiben soll, dass die Kosten für den Infrastrukturausbau, gemessen an den Zielen, nicht unangemessen sind, und dass nach Möglichkeit sowohl die Industrie als auch Privatpersonen ökonomisch profitieren (Stichwort: Wertschöpfung³).

2. Forderung: Die Energiewende soll sozialverträglich sein

Zumeist bezieht sich die Forderung der Sozialverträglichkeit auf Fragen der Verteilungsgerechtigkeit. So gilt die Energieversorgung als ein Gemeingut, das allen Bürgern zur Verfügung stehen sollte, unabhängig von Einkommen oder Herkunft. Dies betrifft zumindest eine ausreichende Grundversorgung. Steigende Strom- und Wärmekosten sind zwar eine ökonomische Belastung für alle Bürger, werden aber häufig als sozial

³ Siehe dazu den Beitrag von Manfred Miosga in diesem Band.

ungerecht bewertet. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Preise für Energie deutlich schneller steigen als die Einkommen. Dass dies Menschen mit geringem Einkommen schwerer belastet, ist evident. Doch auch umgekehrt wird argumentiert, dass es ungerecht sei, Bürger abhängig von ihrem Einkommen stärker mit Kosten zu belasten. Und so müsste eine sozialverträgliche Kostenpolitik darauf achten, dass auch Geringverdiener sich ihren Energieverbrauch leisten können, ohne dass andere Bürger dies mit ihrem eigenen Auskommen kompensieren müssen. Konkret wird versucht, durch Maßnahmen der Kostendeckelung dazu beizutragen, dass bestehende soziale Ungleichheiten nicht durch Energiefragen verschärft werden. Dass soziale Ungleichheiten bestehen, bedeutet aber wiederum, dass auch Chancen der ökonomischen Teilhabe am Ausbau erneuerbarer Energien ungleich verteilt sind. Wenn die Akzeptanz erneuerbarer Energien von den Möglichkeiten der (ökonomischen) Partizipation abhängt, aber die Chancen zur Teilhabe ungleich verteilt sind, erodiert eine an Gerechtigkeitsaspekten orientierte Forderung nach Sozialverträglichkeit. Geboten sind folglich Ausbaustrategien, die ihre Sozialverträglichkeit nicht nur an ökonomischen Faktoren messen, sondern auch Möglichkeiten der politischen Teilhabe, Transparenz und Wissensvermittlung ausschöpfen. Bildung etwa kann zur Entfaltung einer eigenverantwortlichen Gestaltung der Lebensumstände befähigen. Dazu gehört dann beispielsweise auch die Entwicklung von „Energiekompetenz“ im alltäglichen Handeln, so dass die Forderung nach Sozialverträglichkeit nicht nur die Ebene der politischen Steuerung betrifft sondern auch jeden Einzelnen. Sozialverträglichkeit ist darüber hinaus in ihrer Gerechtigkeitsdimension nicht nur auf eine Gesellschaft im Sinne eines Nationalstaates bezogen, sondern hat heutzutage immer auch eine globale Dimensionen hat. Ethische Teller-Tank Diskussionen (vgl. Zichy et al. 2014), Klimaschutz und Fragen von Gerechtigkeit und sozialer Ungleichheit sind in Energiefragen eng miteinander verwoben.

Eine weitere Dimension der Sozialverträglichkeit betrifft die Versorgungssicherheit. Hier sind in erster Linie technische Lösungen und angemessene politische Steuerungsprozesse gefragt. Doch die Versorgungssicherheit ist in ihrem Kern eine soziale Frage, da sie die stabile Sicherung eines Grundbedürfnisses anvisiert.

3. Forderung: Die Energiewende soll umweltverträglich sein

Der Begriff der Umwelt bezeichnet im weitesten Sinne einen „Lebensraum“. Menschen gestalten ihren Lebensraum nach ihren Vorstellungen und nach bestimmten Zwecken, und nehmen dabei bisweilen auch negativen Einfluss. So zählen Nutzung und Bereitstellung von Energie zu den Hauptursachen für den von Menschen verursachten Klimawandel. Das Ziel des Klimaschutzes war daher stets eine der zentralen Absichten der Energiewende. Doch der Klimaschutz ist nicht automatisch deckungsgleich mit anderen Zielen der Energiewende, denn die Erneuerbaren Energien sind nicht die einzigen klimafreundlichen Energietechnologien. Erst im letzten Bericht des Weltklimarates (IPCC 2014)⁴ wurde erneut darauf hingewiesen, dass auch die Atomkraft eine klimaschonende CO₂-Bilanz aufweist. Viele andere Risiken der Atomkraft bleiben dabei freilich unbeannt. Umweltverträglichkeit ist also anscheinend mehr als Klimaschutz. Der Wert der Umweltverträglichkeit will auch langfristig Lebensräume erhalten und schützen. Dabei ist auf Klimaschutz ebenso zu achten, wie auf Tier-, Naturschutz und Biodiversität. Das

⁴ <http://www.de-ipcc.de/de/200.php>

Umweltbundesamt zählt etwa für den Bereich der Windenergie auch die Auswirkungen von Windenergieanlagen auf den Menschen, durch Lärm oder Schattenwurf und auch die Erhaltung von Kulturlandschaften dazu.⁵ Angesichts der anhaltenden Proteste gegen den Ausbau der Infrastruktur zur Schöpfung erneuerbarer Energien, halte ich es daher für angebracht, dem Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit eine vierte Säule hinzuzufügen, und zu fragen, inwieweit Energiewende *kulturverträglich* prozessiert werden muss.

Muss die Energiewende auch kulturverträglich sein?

Durch die Umstellung auf erneuerbare Energien wird die Energieversorgung dezentralisiert: Erneuerbare Energien sind Land-Energien. Die möglichen Nebenfolgen des Ausbaus der erneuerbaren Energien sind dadurch meist unmittelbar gegeben. Anwohner beklagen eine von Windkraftanlagen geprägte Landschaft, ein erhöhtes Verkehrsaufkommen und Geruchsbelästigung durch Biogasanlagen, spiegelnde Photovoltaik-Flächen auf Feldern und Dächern. Gerade in Bayern wird derzeit hitzig über so genannte Monstertrassen diskutiert. Oft werden die Veränderungen, die durch erneuerbare Energien ausgelöst werden, als Veränderung der Kulturlandschaft verstanden. Doch was bedeutet eigentlich Kulturlandschaft? Der Begriff geht davon aus, dass Landschaft mehr ist als Natur oder unspezifische Umwelt der Anwohner. Landschaften prägen das Selbstverständnis ganzer Regionen, kulturelle Identitäten und Vorstellungen von Heimat. Andersherum prägen Kulturen die Landschaft und gestalten sie zu einem Kulturgut. Im Gegensatz zur unberührten Natur, die wild und gefährlich erscheinen kann, vermittelt die Kulturlandschaft ein Gefühl von Ordnung und Sicherheit. Dabei sind Kulturlandschaft aber immer gewandelte und ästhetisch oder funktional geformte Landschaften. Daran gilt es beim Ausbau erneuerbarer Energien zu mahnen, denn auch im Zuge des Ausbaus Erneuerbarer Energien können sich durch kulturelle Gestaltungsprozesse Effekte der Vergemeinschaftung entfalten.

So genannte energieneutrale Kommunen haben in der Energiewende eine Möglichkeit gefunden, ihre Heimat und damit auch die Kulturlandschaft nach gemeinsamen Vorstellungen und Zielen zu prägen. Bioenergie-Dörfer und ähnliche Projekte die eine zunehmende regionale Unabhängigkeit in der Energieversorgung anstreben, sind nicht nur Projekte, die eine Autarkie in der Energieversorgung anstreben – sie sind auch Projekte, die identitäts- und sinnstiftend wirken. Aber auch einzelne Biogas- oder Photovoltaikanlagen und sogar einzelne Windkrafträder können Prestigeobjekte mit hohem Symbolcharakter sein. Manche nutzen die Anziehungskraft, die von diesen neuartigen Technologien ausgeht, auch für den Tourismus. Darüber hinaus drückt sich eine kulturverträgliche Energiewende auch in einer politischen Kultur aus, bei der der Wille zur Erhaltung, bestimmter Elemente der Kulturlandschaft seinen Niederschlag auch in einem entsprechenden bürgerschaftlichen Engagement findet. Und auch andersherum gilt: Teilhabe an der Energiewende bedeutet nicht nur Landschaften durch „Energiekultur“ zu gestalten, sondern auch Kulturlandschaften erhalten zu wollen. Den Protest der daraus unter Umständen folgt, muss eine demokratische Kultur aushalten können. Denn es gilt zu beachten: Anders als die abstrakte Bedrohung durch den Klimawandel oder die Risiken der Atomkraft, die nur durch langjährige Forschung, mühsame Aufklärungsarbeit oder eben durch katastrophische Ereignisse überhaupt erst als Gefahren wahrgenommen werden, sind mögliche negative Konsequenzen der Energiewende zwar über-

⁵ <http://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/>

schaubar und weniger weitreichend, jedoch auf Seiten der Betroffenen unmittelbar und intuitiv zugänglich – und das lässt sie für manche realer erscheinen als abstrakte Risiken oder komplexe klimatische Kausalzusammenhänge. Dies zeigt, wie schwer es sein kann, ein Konzept wie Nachhaltigkeit zu vermitteln. Denn es steht vor der Herausforderung *unmittelbare* Konsequenzen gegen *langfristige* Szenarien aufzuwiegen. Wer dabei bloß moralisierend argumentiert, vereinfacht die damit gegebene temporale Komplexität. Deshalb ist es wichtig, mithilfe wissenschaftlicher Prognostik eine realitätsbezogene Risikoabschätzung zu erzielen, die an die Stelle quasiapokalyptischer Szenarien zu treten hat.

Gemeinwohl vs. Partikularinteressen

Eigenwohl gegen Gemeinwohl auszuspielen, wird die Probleme der Energiewende nicht lösen. Die Schwierigkeit liegt darin, die unmittelbaren Konsequenzen und die langfristigen Konsequenzen zusammen zu denken. Bei Energiewendefragen ist es oft leichter, den langfristigen Nutzen oder globale Verantwortung argumentativ stark zu machen. Kurzfristiger oder unmittelbarer Nutzen erschöpft sich schnell in den Aspekten der regionalen Wertschöpfung und der Unabhängigkeit der Energieversorgung – Aspekte die es schwer haben, gegen die drohenden unmittelbaren Kosten, die Gefährdung von Natur und Gesundheit oder sogar Heimat zu bestehen. Akzeptanzstudien sprechen daher gerne vom NIMBY-Phänomen – dem Bürger der sich auf die Not-in-my-Backyard Position zurück zieht und somit die Augen vor dem Gemeinwohl verschließt. Dies scheint mir eine unzulässige Vereinfachung. Motivstrukturen, Einstellungen und Meinungen von Bürger sind selten eindimensional. Bürger sein heißt, gesellschaftliche Teilhabe über unterschiedliche Bürgerrollen auszufüllen. Der Staatsbürger ist sowohl gefordert Verantwortung zu übernehmen als auch Verantwortung abzugeben, als Wirtschaftsbürger verfolgt er die Sicherung von Kapitalinteressen und als Welt- oder Umweltbürger, gilt es in verstärktem Maße Natur und globale Um-Welt zu berücksichtigen (vgl. Höffe 2004). So stehen dem Bürger unterschiedliche Rollenanforderungen gegenüber, die in unterschiedlichem Ausmaß in die Praxis überführt werden. Die zentralen Güter Umwelt, Wertschöpfung, Gerechtigkeit und Kultur betreffen alle – der Gestaltungswille ist auch vorhanden. Trotzdem ist es doch wenig überraschend, dass die konkreten Erwartungen und Wünsche *vor Ort* voneinander abweichen.

Ein Großprojekt wie die Energiewende kann nur gelingen, wenn die unterschiedlichen Interessen und Betroffenheiten Anerkennung finden und auch Konflikte zugelassen werden. Die Konflikte der Energiewende zeigen eine gesellschaftliche Dynamik an, keinen krisenhaften Stillstand. Zwischen den Polen einer pragmatischen Effizienz und einer ideologisch aufgeladenen Moralisation verbirgt sich ökonomisches, technologisches, politisches, soziales und kulturelles Projekt, das nicht nur *einem* Weg folgt, sondern vielen. Manche Wege werden Sackgassen sein, manche werden sich als Umwege erweisen. Die Energiewende sollte deshalb dem politischen Prozess des Inkrementalismus weiter folgen, einer Schritt-für-Schritt Strategie, die auf Fehlerfreundlichkeit setzt.

Literaturverzeichnis

Ethik-Kommission „Sichere Energieversorgung“ (2011): „Deutschlands Energiewende – Ein Gemeinschaftswerk für die Zukunft.“ Ein Bericht im Auftrag der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Berlin. Online unter:

<http://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Anlagen/2011/07/2011-07-28-abschlussbericht-ethikkommission.pdf> [21.11.2014].

Höffe, Otfried (2004). Wirtschaftsbürger, Staatsbürger, Weltbürger: Politische Ethik im Zeitalter der Globalisierung. München: C.H. Beck.

Hauff, Volker (1987) (Hrsg.): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Eggenkamp Verlag, Greven 1. Auflage 1987.

IPCC (2014): Climate Change 2014. Synthesis Report. Online unter: <http://www.de-ipcc.de/de/200.php> [21.11.2014].

Zichy, Michael/ Dürnberger, Christian/ Formowitz, Beate/ Uhl, Anne (2014): Energie aus Biomasse-ein ethisches Diskussionsmodell. Wiesbaden: Springer, 2. Auflage 2014.